

Antrag zur erneuten Behandlung des TOP 6 der SR-Sitzung vom 22.05.2023 „Absturzsicherungen an Uferstellen“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Alfons,

die Unterzeichnenden stellen hiermit den Antrag auf eine erneute Behandlung des TOP 6 vom 22.05.2023 „Absturzsicherungen an Uferstellen“.

Begründung:

- Die der Abstimmung vom 22.05.2023 zugrundeliegenden Informationen waren unvollständig und zum Teil unkorrekt.
- Im Gegensatz zu der im Stadtrat vertretenen Ansicht der Verwaltung, liegt zum o.g. Sachverhalt kein formales Gutachten, sondern lediglich eine „Stellungnahme“ einer nicht weiter zertifizierten Institution vor.
- In der zur Verfügung stehenden Vorlage fehlten die wesentlichen rechtlichen Vorgaben (keine Hinweise auf vorliegende Grundsatzurteile (OLG München), auf bestehende Leitfäden (z.B. Leitfaden Verkehrssicherungspflicht an Badegewässern; Bayerisches Staatsministerium für Justiz 10/2021); usw.
- Die Abhilfevorschläge der GTL entsprechen eigenen Einschätzungen.
- Normwidrige Versäumnisse und damit eine strafrechtlich relevante Haftung der Stadt sind nicht ableitbar.
- Die verwaltungsrechtlich zwingend notwendige Prüfung von Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahmen ist nicht in ausreichendem Maße erfolgt.
- Einige wenige Entscheidungen zu strafrechtlicher Relevanz behördlicher Entscheidungsträger durch Instanzgerichte niederster Stufe wurden ohne Prüfung der erheblich abweichenden Sachverhalte einfach mit der vorliegenden Entscheidungssituation gleichgesetzt.

Erklärung:

z.B. Leitfaden Verkehrssicherungspflicht an Badegewässern; Bayerisches Staatsministerium für Justiz 10/2020:

Sind also Gefahren ohne weiteres erkennbar und kann die Realisierung der Gefahr durch angepasstes Verhalten vermieden werden, müssen grundsätzlich keine Maßnahmen zur Gefahrabwehr ergriffen werden.

Kommunen müssen Gefahrabwendungsmaßnahmen grundsätzlich nur für solche Gefahren treffen, die nicht naturtypisch sind und für den Benutzer überraschend auftreten.

Zum „Gutachten“:

Weder sind hier einschlägig „Sachverständige“ im üblichen Sinn tätig geworden, noch ist von der SISSWA ein „Gutachten“ geliefert worden, das den allgemein üblichen und anerkannten Kriterien fachlich qualifizierter „Gutachten“ entspricht. Im Grunde genommen hat sich die GTL eigene Vermutungen und Wünsche von willkürlich beauftragten Beratern aus einem anderen Fachgebiet abzeichnen lassen, vermutlich um eine formale Überzeugungswirkung zu erzielen, die sachlich jedenfalls in dieser Art und in diesem Ausmaß nicht zu rechtfertigen gewesen wäre.

Es fehlen:

- Festlegungen zu Art und Ausmaß möglicher Gefährdungen
- Eine Benennung von Normen, aus denen eine Garantenstellung der Stadt -bei nachteiliger Abweichung- abgeleitet werden könnte.
- Aussagen zur Notwendigkeit, Üblichkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit, die als Entscheidungsvoraussetzungen für die Beurteilung einer Garantenpflicht des Auftraggebers gelten müssen.
- Allgemein anerkannte, wesentliche Merkmale eines Gutachtens (a. Auftragsdefinition; b. Zielvorgabe c. Methodendarstellung mit der Nennung der normativen Beurteilungskriterien; d. Ableitung der „sachverständigen“ Rückschlüsse aus der Sachverhaltsfeststellung im Vergleich zu den Prüfnormen)

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Stadtrats vom 22.05.2023 wird vorläufig außer Vollzug gesetzt.

2. Die Stadt beauftragt eine sachverständige und bezüglich einer Verkehrssicherungspflicht für öffentliche Wege und Anlagen unzweifelhaft qualifizierte Institution (öffentlich bestellt und/oder zertifiziert und/oder einem anerkannten Sachverständigenverband angehörig) mit einer sachverständigen Beurteilung folgender Fragen:

- Gibt es aus sicherheitstechnischer Sicht an den Stellen, die Gegenstand des vorgenannten Beschlusses sind, Gefahren, die ein die normale Sorgfalt beachtender Nutzer nicht oder nicht rechtzeitig erkennen und vermeiden kann?
- Falls es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang notwendig bzw. erforderlich?
- Falls es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver, sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang zweckmäßig?
- Ist das Verhältnis zwischen der dem Beschluss zugrunde liegenden und aus der Stellungnahme der SSISSWA bzw. dem Maßnahmenkatalog der GTL hervorgehenden Einschätzung von Gefahrenlagen und dem betreffenden Aufwand der Gefahreneinschränkung aus sicherheitstechnischer Sicht als angemessen einzuschätzen, oder drängen sich niederschwelligere, angemessenere Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele auf?
- Falls Zweifel an Notwendigkeit und/oder Zweckmäßigkeit oder Angemessenheit solcher Maßnahmen begründet wären, welche dieser oder alternativer Maßnahmen würden nach Art und/oder Umfang ausreichen, um die Zielerreichung zu gewährleisten?

3. Abschließende Entscheidung zum außer Vollzug gesetzten Beschluss nach Eingang der Beurteilung und erneuter Beratung, u.a. zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und Zumutbarkeit der im Beschluss enthaltenen oder sich alternativ anbietenden Sicherungsmaßnahmen.

Wir bitten um Vorlage dieses Antrags zur Abstimmung im Stadtrat am 19.07.23

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Ulrich Schöffel

Roland Freiberg

[Handwritten signatures and initials follow, including: K. H. H., S. H., K. H., F. H., and others.]

Unterzeichner

Prof. Dr. Ulrich Schöffel

Roland Freiberg
Ulrich Gockel

Marc Hübner

Klaus Adams

Claudia Mayer

Stefan Büchele

Florian Nüßlein

Sebastian Grün

Günther Bromberg

Annette Schäfer

Andreas Jäger

Thomas Hummel